

Schlaumeierei oder Verantwortung?

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen**

Band (Jahr): **36 (1963)**

Heft 5

PDF erstellt am: **05.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-517572>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schlaumeierei oder Verantwortung?

Am 26. Mai kommt die Atominitiative II zur Abstimmung. Vor 11 Monaten ist die Atomwaffeninitiative I mit grossem Mehr verworfen worden, warum also eine zweite? In der schweizerischen Politik gilt sonst das Appenzellerrecht; nach drei Tagen findet man sich mit dem Volksentscheid ab und respektiert ihn ohne Zwängerei.

An der grundsätzlich positiven Haltung der Sozialdemokratischen Partei zu unserem Land und an ihrem Willen, es gegen jeden Angriff verteidigen zu helfen, zweifeln wir nicht. Sie hat aber bekanntlich in ihren Reihen Gruppen und vor allem Funktionäre, die eigene Ziele verfolgen. Als diese Kreise dem roten Imperialismus mit ihrer Atominitiative in die Hände spielten, suchte ihnen die Parteileitung den Wind aus den Segeln zu nehmen mit einer etwas abgeschwächten Atominitiative II.

Nun hat sich am 1. April 1962 der Souverän eindeutig dahin ausgesprochen, dass Atomwaffen, vor allem die kleineren taktischen Kaliber, tragischerweise zu einem integrierenden Bestandteil der heutigen Rüstung geworden sind und auch unsere Verfassung diese Realität nicht abschaffen kann. Damit ist auch die Antwort auf die Atominitiative II gegeben. Sie müsste vernünftigerweise zurückgezogen werden; was klar entschieden ist, soll nicht nach wenigen Monaten durch eine Schlaumeierei ins Gegenteil verkehrt werden.

Die zweite Initiative verzichtet zwar auf ein verfassungsmässiges Verbot der atomaren Verstärkung unserer Landesverteidigung, verlangt aber, dass jeder Beschluss des Parlaments über die Ausrüstung mit Atomwaffen *irgend welcher Art* obligatorisch einer neuen Volksabstimmung zu unterstellen sei. Das ist allein schon materiell ein Unfug. Man weiss ja, dass im normalen Geschäftsgang — wie wir uns Panzer oder Flugzeuge beschaffen durch Kauf im Ausland oder Eigenentwicklung — Atommunition oder -waffen vorläufig nicht erhältlich sind. Wird aber in einem 3. Weltkrieg unser neutrales Land von der einen Seite angegriffen, so wird damit die andere Seite uns verbündet. Eine Verstärkung unserer Abwehrkraft durch sofortige Lieferung von Atommunition für vorhandene Waffen, z. B. Flugzeuge, wäre dann möglich und dringend notwendig. Aber nein — wir dürfen sie verfassungsmässig selbst dann nicht annehmen ohne die Stimmbürger, die bereits gegen den eingedrungenen Feind um Land und Leben kämpfen, an die Urnen zu rufen. Die Atominitiative II ist unrealistische Politik am grünen Tisch, ein Seilziehen um Parteirichtungen, nicht Dienst am Volk.

Die sozialdemokratische Fraktion hat denn auch im Dezember in den Räten geradezu um einen Gegenvorschlag gefleht. «*Ersparen Sie uns diese völlige unnötige Volksabstimmung*», rief Nationalrat Bringolf den anderen Fraktionen zu. Mit Recht wurde dieser Handel abgelehnt. Ist es nicht beschämend, dass eine Partei, die im Bundesrat mitbestimmt (und daher Verantwortung für das Ganze vor oppositionelle Demagogie stellen müsste) den *Mut zum Rückzug* der überholten Atominitiative II nicht gefunden hat? Aber eben, es geht auf die eidgenössischen Wahlen hin!

Also müssen wir am 26. Mai zur Abwehr der Atominitiative II noch einmal antreten. Man glaube nur nicht, dass durch die sachliche Unhaltbarkeit der Initiative das Resultat von vorneherein feststehe. Es mag hart auf hart gehen, deshalb macht sich jeder verantwortungsbewusste Stimmbürger zur Pflicht, diesem Angriff auf unsere Landesverteidigung eine klare Absage zu erteilen.

Fi.-